

---

# Brasilien AKTUELL 2026

## Internationale Solidarität

---



40 Jahre Betriebsrat bei Mercedes-Benz do Brasil / Gewerkschaften / Klimakonferenz COP 30 in Brasilien / Indigene verteidigen Flüsse / Entwaldung, Überschwemmungen / Landlose Frauen blockieren Gleise / Prozess wegen Bergbaukatastrophe eröffnet / EU-Mercosur-Abkommen / Kampf der Wohnungslosen trägt Früchte / BRICS plant System zur Währungsverrechnung / Gewalt gegen Frauen

---

Arbeitskreis „Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften“  
im DGB, Region Nordbaden, Mannheim

---

# Was hat der Arbeitskreis im letzten Jahr gemacht?

## Zusammensetzung und Veranstaltungen

Mitglieder des Arbeitskreises „Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften“ im DGB, Region Nordbaden, Mannheim, sind aktive und ehemalige MitarbeiterInnen von Daimler Truck in Mannheim und Wörth und von BASF in Ludwigshafen. Dazu kommen BrasilianerInnen, die seit langer Zeit in Mannheim und auch in Hamburg leben und andere mit Brasilien verbundene Menschen. Der AK trifft sich monatlich

## Kontakte mit Brasilien

Ein laufender Austausch via E-Mail und Facebook sowie die tägliche Lektüre von Veröffentlichungen der Gewerkschaften und anderer Organisationen machen es möglich, die aktuellen Entwicklungen in Politik und Arbeitswelt zu verfolgen.



Eine wichtige Quelle ist die [Tribuna Metalúrgica](#). Seit 2011 ist diese Zeitung der Metallgewerkschaft in der ABC-Region von São Paulo fast 6.000 Mal erschienen und wurde millionenfach verteilt und versendet.

Ein Mitglied des Arbeitskreises nahm an einer Reise von GewerkschafterInnen aus verschiedenen Betrieben im Herbst 2025 teil (siehe dazu den Artikel auf Seite 3).

Zur Lage in Lateinamerika informieren wir uns u.a. auf dem Nachrichtenportal [amerika21.de](http://amerika21.de)



## Gegenseitige Information

Regelmäßig schicken wir den KollegInnen in Brasilien Informationen über wichtige Vorgänge in den Betrieben von Daimler Truck. Wie zum Beispiel über die Betriebsratswahlen in Mannheim oder die Ankündigung gewaltiger Sparpläne in der Firma. Auch aus Brasilien erhalten wir viele Nachrichten über das Geschehen in den Werken und Gewerkschaften. Zum Beispiel über den Tod des alten bekannten Mitarbeiter oder die 40-Jahrfeier des Bestehens des dortigen Betriebsrats.

## Veranstaltungen

Geplant ist eine Veranstaltung am 10. Juni 2026 mit Monika Ottermann durchzuführen. Sie stammt aus Deutschland, ist Lehrerin, lebt seit mehr als 30 Jahren in Brasilien und ist dort in der [Bewegung der Wohnungslosen MTST](#) aktiv (siehe dazu den Artikel ab Seite 8).

## Zusammenarbeit mit anderen Gruppen

Der Arbeitskreis ist Mitglied im [EINE WELT FORUM MANNHEIM](#) und unterstützt dessen Aktivitäten.

### KONTAKT

Angela HIDDING, Langstr. 11-13, 68169 MANNHEIM

Tel. 0621 35 973, [HiStaMa@t-online.de](mailto:HiStaMa@t-online.de)

Fritz HOFMANN, Sedanstr. 22, 67063 LUDWIGSHAFEN

Tel. 0621 69 98 61, [F.Hofmann-Lu@t-online.de](mailto:F.Hofmann-Lu@t-online.de)

**Druck:** Sonnendruck GmbH, Wiesloch

Offizieller Partner der GEMEINWOHLÖKONOMIE

# 40 Jahre Betriebsrat bei Mercedes-Benz



Im Dezember 2025 gab es bei Mercedes-Benz do Brasil Grund zum Feiern. Der dortige Betriebsrat, die „Comissão de Fábrica“ im Werk São Bernardo do Campo wurde 40 Jahre alt. Die Gewerkschaftszeitung *Tribuna Metalúrgica* veröffentlichte zwei Sonderseiten zum Thema.

Darin kamen auch viele alte Freunde zu Wort, die bei der Gründung dabei waren und denen wir bei Besuchen und gemeinsamen Aktivitäten über vier Jahrzehnte immer wieder begegnet sind.

2004, im Jahr vor Gründung des Betriebsrats waren Arbeitervvertreter aus Brasilien nach Deutschland gereist und hatten intensive Gespräche mit ihren KollegInnen geführt. Auch in Mannheim kam es zu ausführlichen Unterredungen, u.a. mit dem damaligen Betriebsratsvorsitzenden H. Lucy in Mannheim.

Wir haben ein wenig mitgefeiert und freuen uns über die lange und gute Zusammenarbeit, die hoffentlich weitergeht.

## Sklavereiähnliche Arbeitsverhältnisse bei VW

Weiteres Urteil gegen Volkswagen do Brasil wegen Sklavenarbeit von 1974-1986

Die Entscheidung des Arbeitsgerichts in der Region 8 fiel einstimmig: VW muss weitere 165 Millionen Real (ca. 27,5 Mio. Euro) an den Fonds FAT zahlen, die Verantwortung für die Tatsachen übernehmen und sich öffentlich bei den Betroffenen entschuldigen.

Damit wurde ein früheres Urteil bestätigt. Konkret geht es um Arbeiter auf der VW-Farm Companhia Vale do Rio Cristalino (CVRC) zwischen 1974 und 1986, ursprünglich ein steuerlich gefördertes Abholzungsprojekt, dem dann Rinderzucht folgte. Arbeiter wurden mit falschen Versprechungen für schwere Rodungsarbeiten rekrutiert, dann in Schuldknechtschaft gehalten

und am Verlassen der Farm gehindert. Nach brasilianischem Recht ein klarer Fall von Sklavenarbeit. Es bleibt zu befürchten, dass VW die nächsthöhere Instanz anruft



# Eine Reise nach Brasilien

## Nationale Lösungen sind keine Antwort auf das globale Kapital

Im Juli 2025 reiste eine Delegation von Betriebsräten und Vertrauensleuten von Mercedes-Benz Sindelfingen, Daimler Truck Wörth, Opel Rüsselsheim, Porsche Stuttgart und aus der Mercedes-Benz Zentrale für acht Tage nach Brasilien. Organisiert wurde der Austausch vom Netzwerk Transnational Information Exchange (TIE). In Brasilien trafen wir Kolleginnen und Kollegen von Mercedes-Benz do Brasil, der Branchengewerkschaft Metall CNM/CUT, Betriebsräte von Mercedes-Benz do Brasil, Stellantis und Toyota und die Landlosenbewegung MST. Inhalte waren die gewerkschaftliche Aktivitäten in den einzelnen Ländern und Fabriken sowie auf internationaler Ebene mit dem Ziel, die internationalen Zusammenarbeit für Arbeitnehmerrechte weltweit zu stärken. Hinzu kamen Besuche beim gewerkschaftseigenen TV-Sender, der Redaktion der Zeitung *Tribuna Metalúrgica* und einem genossenschaftlich organisierten Direktvermarktungsmarkt.

### Gesundheits-Mapping

Intensiv diskutiert wurde die Methode des Gesundheits-Mappings. Dabei erfassen ArbeitnehmerInnenvertreter mit den KollegInnen aus den Werken Belastungen und Schmerzen, stellen sie auf Zeichnungen dar und diskutieren im Anschluss über die Verringerung der Belastung und die Möglichkeiten, entsprechende Projekt bei der Geschäftsleitung durchzusetzen. Gerade im Arbeits- und Gesundheitsschutz haben Mitglieder der betrieblichen Arbeitsschutzkommissionen (CIPA) in Brasilien viele Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

### Transformation in aller Munde

In großer Runde wurde diskutiert, wie die Transformation in der Automobilindustrie und die Digitalisierung für gewerkschaftliche Ziele nutzbar gemacht und mit Belegschaften und direkt Betroffenen angegangen werden kann. Auch hier gilt es, Forderungen an die Geschäftsleitung zu stellen, Arbeitsplätze zu erhalten und Menschen für neue Aufgaben zu qualifizieren.

### Abbau von Rechten

Ein weiteres Thema waren die Bestrebungen bei Mercedes und Toyota zur Neugestaltung der Gruppenarbeit. Diese wird gravierende Folgen für die Arbeitspolitik, Arbeitsabläufe, Zeitwirtschaft und damit auch für die Entlohnung mit sich bringen. So z.B. bei den „Umfeldaufgaben“: Sie bezeichnen in der Produktion anfallende kleinere Wartungs- und Reinigungsarbeiten bis hin zur Dokumentation der Arbeitsabläufe, die Schulung von neuen Mitarbeitern und den Tausch persönlicher Schutzausrüstung. In Zukunft sollen diese Tätigkeiten von nur einer Person übernommen werden, die sich zudem um Steuerungsaufgaben wie Urlaubs- und Freischichtvergabeplanung und interne Qualifizierung kümmern muss. Das sorgt für Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten am Band. Hinzu kommen sogenannte „Takter“, die mit geringstmöglicher Qualifikation bei hoher Wiederholrate zum Einsatz kommen. Damit wird ein Abwärtstrend bei der Qualifizierung von Mitarbeitern, ihrer Eingruppierung und Entlohnung eingeleitet. Da Automobilkonzerne weltweit ähnliche Projekte betreiben, sind gemeinsame Gegenmaßnahmen, die Beteiligung der Belegschaften und der Widerstand in den einzelnen Betrieben Gegenstand von Gesprächen und gegenseitiger Unterstützung.

Alle Beteiligten haben verstanden, dass das internationale Kapital die Arbeit mehr denn je menschenverachtend und rein gewinnorientiert organisiert. Arbeitnehmerrechte, Mitbestimmung und Arbeitsbedingungen werden zunehmend in Frage gestellt. Internationale Konzerne wollen die Digitalisierung und Transformation dazu nutzen, die Rechte von Beschäftigten auf den Stand der 1920-er Jahre zurückzudrehen. Solchen Bestrebungen gilt es weltweit koordiniert Widerstand zu leisten.

Der Kampf geht weiter und wir haben den Auftrag, die nachfolgenden Generationen dazu befähigen ihn weiterzuführen. Dies war und bleibt das große, das übergeordnete Ziel des TIE Netzwerktreffens.



Kundgebung der Chemiegewerkschaft im ABC vor dem Werkstor bei Sherwin-Williams in São Bernardo do Campo

## „Mehr Netto vom Brutto“ und zwei freie Tage pro Woche

Die Gewerkschaftsbewegung in Brasilien kämpft nicht nur für die ArbeiterInnen in den Fabriken. Sie haben das Wohl der gesamten Bevölkerung im Auge. Dafür gibt es in letzter Zeit zwei gute Beispiele.

### Steuerentlastung für Geringverdienende – so geht „mehr Netto vom Brutto“

Seit vielen Jahren wird in Brasilien um mehr Steuergerechtigkeit gekämpft, u.a. um die Befreiung der Geringverdienenden von der Lohn- und Einkommensteuer. Während abhängig Beschäftigte bis zu 27,5 % Lohnsteuer zahlten, kamen Vermögende mit durchschnittlich 2,5 % Einkommenssteuer davon.

Ab dem Steuerjahr 2026 bleiben Monatseinkommen unter 5.000 Real (etwa 840 Euro) steuerfrei. Nach einer Studie des Sozial- und Wirtschaftsforschungsinstituts der Gewerkschaften DIEESE werden dadurch mehr als 15 Millionen ArbeitnehmerInnen entlastet.

Die Gegenfinanzierung erfolgt über eine Erhöhung der Besteuerung von Kapitalerträgen und hohen Einkommen.

### Kampf für ein neues Arbeitszeitmodell und weitere Arbeitszeitverkürzung

Nach geltendem Arbeitsgesetz in Brasilien können 44 Wochenarbeitsstunden auf sechs Tage in der Woche verteilt werden. In sieben Tagen ist damit nach dem Gesetz jeweils nur ein freier Tag zur Erholung Pflicht.

Am 30. März gingen landesweit abertausende Menschen unterschiedlicher Organisationen in vielen Städten Brasiliens auf die Straße. Sie fordern die Änderung des gesetzlichen Arbeitszeitmodells und eine Arbeitszeitverkürzung.

"Die von Gewerkschaften und Volksbewegungen geforderte Gesetzesänderung setzt das Parlament unter Druck." So heißt es in einem Pressebericht. Es ist zu wünschen, dass die Bewegung fortgesetzt wird und Erfolg wie bei der Steuerbefreiung eintritt.

*„Es ist nicht gerecht, wenn jemand sechs Tage hart arbeiten muss und nur einen Tag Erholung hat, wenn nur ein Tag in der Woche Zeit für Ausflüge mit der Familie ist, dafür, sich ums Haus zu kümmern, etwas zu unternehmen und Zeit mit den Kindern verbringen. Die Menschen fordern, dass dieses Arbeitszeitmodell ohne Lohnverlust abgeschafft wird. Wir Volksvertreter haben der Bevölkerung zuzuhören. Es ist nun an uns, ihre Forderung umsetzen.“*

*Luiz Inácio Lula da Silva, 24.12.2025*



# Indigene verteidigen Flüsse im Amazonasgebiet

Brasiliens Indigene wehren sich gegen Privatisierung und Raubbau

*„Flüsse sind keine Exportkanäle. Sie sind Quell des Lebens, der Nahrung, der Erinnerung und der Identität“ (Rat der Indigenen Völker am Tapajós)*

Am späten Nachmittag des 23. Februars 2026 wurde das Dekret 12.600/2025 aufgehoben. Mit ihm sollten private Unternehmen die Vertiefung der Schifffahrtsrinne und die Kontrolle über den Schiffsverkehr auf den Flüssen Madeira, Tocantins und Tapajós übernehmen. Indigene Völker und traditionellen Gemeinschaften können aufatmen: Die massive Beeinträchtigung ihres Lebens, der Ökosysteme und der biologischen Vielfalt wurde abgewendet.

Am 21. Januar 2026 hatten fast zweitausend Indigene vom Tapajós das Verladeterminale des US-amerikanischen Lebensmittelkonzerns Cargill im Hafen Santarém (Pará) besetzt, um das zerstörerische Entwicklungsmodell anzuklagen und seine Fortsetzung zu verhindern.



Nach einem Treffen mit den Organisatoren der Widerstandsbewegung erklärten die Bundesminister Guilherme Boulos und Sônia Guajajara, das Dekret werde angesichts der Mobilisierung der indigenen Völker und nach internen Beratungen der Regierung aufgehoben.

Während der Mobilisierung erklärte Alessandra Korap, Vertreterin des Munduruku-Volkes: „Wir werden nicht hinnehmen, dass unsere Flüsse in die Hände multinationaler Unternehmen gelangen. Der Tapajós, der Madeira und der Tocantins,

diese Flüsse gehören dem brasilianischen Volk und werden nicht in Wasserstraßen für Sojabohnen umgewandelt.“



„Die Aufhebung des Dekrets Nr. 12.600 geht in die Geschichte ein. Mutig und geschlossen haben wir Widerstand geleistet“, so Auricélia Arapiun vom Volk der Arapiun, die als Teil einer 35-köpfigen Delegation vom Tapajós an den Verhandlungen in Brasília teilgenommen hatte.

Zur Besetzung des Verladeterminals von Cargill erklärte Alessandra Korap vom Volk der Munduruku: „Wir haben das Gelände besetzt und die Regierung gezwungen, das Dekret 12.600 aufzuheben. So leistet der Tapajós Widerstand: Wir haben das Wasserkraftwerk São Luís de Tapajós verhindert; nun ist es uns gelungen, die Aufhebung eines Dekrets zu erwirken, mit dem gleich drei Flüsse privatisiert werden sollten. Dahinter steckt jede Menge Kampf, der Glaube an die Kraft der Natur, der Glaube an unsere Körper und an unsere Seele“.

Der Rat der indigenen Völker am Tapajós (Cita) bekräftigte in einem Brief die Beschwerde gegen das Dekret und erklärte, dass „solche Regierungsprojekte Gebiete voller Leben durchqueren“ und dass „Flüsse keine Exportkanäle sind. Sie sind Quelle des Lebens, der Nahrung, der Erinnerung und der Identität.“

Übersetzung und Überarbeitung eines Artikels des CIMI:  
<https://cimi.org.br/2026/02/governo-recuar-revogar-decreto-12-600-2025/>, Thomas Schmidt

# Amazonas-Entwaldung hat Konsequenzen

Eine neue Studie zeigt den Rückgang der Niederschläge im südlichen Amazonasbecken um 8 bis 11 %. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird ein Zusammenhang mit der weitverbreiteten Entwaldung im südlichen Becken angenommen.

Die Autoren der Studie schlussfolgern: Der Amazonas-Regenwald ist viel früher als bisher angenommen von einem erheblichen Verlust bedroht.



Der Verlust des Regenwalds führt dazu, dass über den Wäldern viel weniger Wasser verdunstet. Der natürliche Wasserkreislauf in der Region verändert sich: Niederschläge werden geringer, das Klima wird trockener und instabiler.

*Christian Russau, in: Kobra Newsletter, 15.01.2026*

## Überschwemmungen und todbringende Erdbeben

Die Unwetterkatastrophe im Bundesstaat Minas Gerais begann am 23.02.2026. In den Städten Juiz de Fora und in Ubá kam es zu mehreren Erdbeben. Häuser wurden weggerissen und zerstört, begruben BewohnerInnen unter sich. Ganze Stadtviertel waren durch die Regenmassen abgeschnitten. Am Folgetag wurden von Rettungskräften 30 Tote geborgen; weitere 39 Menschen wurden vermisst.

Folgeschwere Wetterextreme häufen sich in Brasilien. So kamen 2024 im Süden Brasiliens 200 Menschen ums Leben. Experten bringen diese Wetterextreme mit dem Klimawandel in Zusammenhang. Die brasilianischen Städte sind auf solche Ereignisse nicht vorbereitet. Und am schlimmsten betroffen ist dann jeweils die arme Bevölkerung, die ohne geeignete Infrastruktur in schlechten Häusern an den Hängen wohnt.

*Quelle: Frankfurter Rundschau, 26.02.2026*

## Leck im Amazonas-Becken

Greenpeace fordert sofortigen Bohrstopp



Bei Ölbohrungen im Amazonasbecken sind circa 15.000 Liter Bohrflüssigkeit ausgetreten. Das betroffene Küstengebiet ist bekannt für sein fast unberührtes Ökosystem, das unter anderem das Große Amazonasriff beherbergt.

Greenpeace Brasilien, indigene Bewegungen, lokale NRO haben von Anfang an gegen diese Bohrungen geklagt. Sie konnten sich aber nicht durchsetzen. Trotz hoher Risiken werden die Bohrungen durchgeführt. Eine Ölpest hätte verheerende Auswirkungen auf das Ökosystem, aber auch auf die indigenen Völker der Region. Auch für Brasilien wird ein Ausstieg aus fossilen Rohstoffen gefordert.



## Kampf der Wohnungslosen trägt Früchte

Eigentum verpflichtet, auch nach der brasilianischen Verfassung

*Neue Elendsquartiere sollen nach der Besetzung von Grundstücken durch die [Wohnungslosenbewegung MTST](#) sicher nicht entstehen. Besetzungen sind ein Druckmittel, um menschenwürdigen Wohnraum schaffen.*

### Eigentum verpflichtet

Die rechtliche Grundlage findet sich in Verfassung von 1988, der ersten Magna Charta nach Ende der mehr als zwei Jahrzehnte währenden Militärdiktatur. Nach Art. 6 ist Wohnen ein soziales Recht. Zugleich garantiert Art. 5 auch das Recht auf Eigentum und das Recht zu erben, fügt aber hinzu, dass Eigentum eine gesellschaftliche Funktion erfüllen muss. Langer Leerstand von Gebäuden oder Grundstücken verstößt somit gegen die Verfassung. Deshalb sieht Art. 5 weiterhin vor, dass eine Enteignung aus sozialem Interesse möglich ist, soweit ausführende Gesetze dies regeln. Im Rahmen solcher Gesetze hat die Wohnungslosenbewegung in diesem Jahr mehrere Erfolge erstritten, von denen wir hier drei vorstellen wollen.

### Ein Zuhause mitten in São Paulo

Die Regierung Lula hat im Rahmen ihres Programms für sozialen Wohnungsbau „Mein Haus, mein Leben“ eine neue Möglichkeit geschaffen: Gebäude und Grundstücke, die als Teil eines Nachlasses in Staatsbesitz übergegangen sind, können zur Nutzung als Sozialwohnungen ausgeschrieben werden. Die Bewegung MTST hatte sich für mehrere solcher Objekte beworben.

Am 5. März 2026 wurde der Vertrag für ein Wohngebäude im Zentrum von São Paulo unterschrieben. Am Platz der Republik werden nach der Renovierung der 80 Wohnungen Mitglieder von MTST einziehen – ein Privileg, von dem niemand zu träumen gewagt hätte!

### Sozialwohnungen in São Bernardo

Mit 11.000 Hütten war die Besetzung „Volk ohne Angst“ 2017/2018 die größte Lateinamerikas. Trotz starker Mobilisierung und Unterstützung, u.a. von den Gewerkschaften in São Bernardo, einer Industriestadt im Großraum São Paulo, konnten wir nicht auf dem besetzten Land bleiben. Heute liegt es wieder brach und dient der Bodenspekulation. Aber wir haben uns vier andere Grundstücke für den Bau geförderter Wohnungen erstritten. 2019 wurde das Programm „Mein Haus, mein Leben“ von Präsident Bolsonaro abgeschafft. Nachdem Präsident Lula es 2023 wieder aufnahm, dauerte es lang, bis alle Formalitäten erfüllt waren.

Am 29. März erfolgte die feierliche Vertragsunterschrift. Die staatliche Sparkasse CEF, die Kommune und die Bundesregierung vereinbarten den Bau von 673 Wohnungen auf zwei der Grundstücke. Vertreter der Regierung war Präsidentschaftsminister Guilherme Boulos, der frühere Nationalkoordinator von MTST. So können die Kamerad\*innen, die nicht aufgegeben haben, bald ihre Finanzierungsverträge unterschreiben und sich darauf freuen, 2029 in ihre Wohnungen einzuziehen.



## Grundstück in Santo André enteignet

In dieser Industriestadt nahe São Paulo machte vor 20 Jahren die Firma Nordon Pleite. Bis heute schuldet sie dem Staat und der Sozialversicherung Millionen, weil sie ihre Sozialbeiträge und Grundsteuer nicht gezahlt hat. Im April 2022 entstand auf Grundstück dieser Firma die Besetzung Lélia Gonzalez mit 8.000 registrierten Hütten. Viele von ihnen gehören Geflüchteten aus Haiti, die in der

Nähe untergekommen waren. Durch vereinten Druck von MTST und Stadträten gelang hier zum ersten Mal in der Geschichte Brasiliens eine Enteignung in sozialem Interesse. Das entsprechende Gesetz, das „Stadtgesetz“ aus dem Jahr 2001, erlaubt Kommunen, eigene Gesetze zur Enteignung zu verabschieden. Vor zehn Jahren hatte Fernando Haddad (PT) als Oberbürgermeister von São Paulo das versucht. Aber als sein Nachfolger João Dória (PSDB) Bürgermeister wurde, stoppte er den Prozess. In der Stadt Santo André klappte es dann endlich einmal: Das erforderliche Kommunalgesetz wurde am 25.11.2025 verabschiedet. Schon am 10.3.2026 verfügte der Bürgermeister auf die Enteignung des Firmengeländes. Das Grundstück wird ins Programm „Mein Haus, mein Leben“ aufgenommen. Hoffen wir, dass bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober nicht Flávio Bolsonaro gewinnt, der es wieder abschaffen würde.

Solche Erfolge sind kein Grund auszuruhen. Im Gegenteil: Sie geben uns Mut und Energie für neue Kämpfe und Organisationsformen, z.B. die Gründung von „Kerngruppen“, die angesichts steigender Polizeigewalt ihr Recht auf Wohnen ohne Besetzungen einfordern.

Monika Ottermann, [www.mtst.org](http://www.mtst.org)

## Proteste gegen Polizeigewalt in Rio de Janeiro

Die Polizei von Rio de Janeiro richtete im November 2025 bei einem Einsatz in einer Favela ein grausames Massaker an. Man spricht von bis zu 132 Toten. Der Einsatz galt der kriminellen Organisation Comando Vermelho. Auch wenn deren Anführer nicht festgenommen werden konnten, bezeichnete der Gouverneur Rios den Einsatz als „großen Erfolg im Kampf gegen das organisierte Verbrechen“.

Es war nicht der erste tödliche Polizeieinsatz unter seiner Regierung: 2021 gab es 28 Tote, 2022 25 Tote und 2023 19 Tote, jeweils bei Einsätzen in den Favelas, den Elendsvierteln von Rio de Janeiro.

Der Nationale Gesundheitsrat äußerte sich wie folgt: „Eine menschliche Tragödie, die das Versagen der Sicherheitspolitik offenlegt.“

In ganz Brasilien gab es Proteste gegen die Verantwortlichen.



Angehörige beweinen Opfer des Massakers. Foto: Tomaz Silva/Agência Brasil. Quelle: amerika21.de, 03.11.2025

# Frauen der Landlosenbewegung MST blockieren Gleise

Im Rahmen brasilienweiter Aktionstage besetzten im März 700 Frauen der Landlosenbewegung [Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra \(MST\)](#) für 24 Stunden die Gleise der Eisenerzbahn Vitória-Minas. Nach Verhandlungen mit dem Minenbetreiber Samarco hoben sie die Besetzung wieder auf.

Samarco betreibt Erzabbau in Minas Gerais. Vor zehn Jahren war der Damm eines Rückhaltebeckens für flüssige Bergbaurückstände gebrochen und hatte große Teile des Beckens des Rio Doce beschädigt. Die Katastrophe löste eine Trinkwasserkrise aus und zerstörte landwirtschaftliche Flächen, darunter auch Land in Ansiedlungen der Landlosenbewegung MST.

Samarco hat nun zugestimmt, 2.000 Hektar Land der MST-Ansiedlungen aufzuforsten und 2.000 Familien, die bisher keine Ausgleichszahlungen erhalten hatten, zu entschädigen.

**Ein Sieg der kämpferischen Frauen!**

Quelle: [Homepage des MST](#), 10. März 2026



## Dammbruch von Brumadinho – Prozess endlich eröffnet

Der Bruch des Rückhaltebeckens der Mine Córrego do Feijão vor sieben Jahren, am 25. Januar 2019, forderte 272 Todesopfer und überflutete das Land mit 12 Millionen Kubikmetern giftigem Schlamm. Jetzt startet in Belo Horizonte endlich ein Prozess gegen Verantwortliche: den Bergbau-Konzern Vale, eine brasilianische Tochtergesellschaft von TÜV Süd sowie 16 ehemalige Führungskräfte, Manager und Ingenieure.

Das Urteil soll im Mai 2027 verkündet werden. Die Staatsanwaltschaft plädiert auf Mord mit bedingtem Vorsatz aufgrund von Mängeln im Sicherheitssystem.

Eine erste Entschädigung wurde bereits gezahlt. Die betroffenen Familien fordern, dass die Verantwortlichen strafrechtlich belangt werden, die Anerkennung als Opfer, Gesundheitsversorgung und Einkommenssicherung.

Quelle: Nachrichtenportal [amerika21.de](#), 27.02.2026

### TÜV Süd noch nicht aus dem Schneider

Mehr als sechs Jahre nach Eingang der Anzeigen gegen TÜV Süd hat die Staatsanwaltschaft München II noch nicht entschieden, ob sie den deutschen Zertifizierer anklagen wird.

Die brasilianische Tochter von TÜV Süd hatte den Damm als unbedenklich eingestuft, bevor er brach und eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes auslöste, deren Folgen noch lange nicht behoben sind.

## 26 Jahre verhandelt – Ende gut, alles gut?

EU-Kommission drückt Mercosur-Abkommen gegen Widerstand wichtiger europäischer Partner durch. Was bedeutet das für Brasilien?



Am 1. Mai 2026 wird das EU-Mercosur-Abkommen vorläufig in Kraft gesetzt. Das Vertragswerk ist neokolonial, denn es verfestigt die traditionelle Rolle Südamerikas in der internationalen Arbeitsteilung – es bleibt vorwiegend Lieferant von Rohstoffen. Immerhin ist es den brasilianischen Diplomaten in den letzten drei Jahren gelungen, einige negative Folgen abzumildern.

In Europa waren Deutschland und Spanien besonders eifrige Verfechter des umstrittenen Vertragswerks. Ihr zentrales Anliegen ist die weitere Marktöffnung des Mercosur für Autos und Maschinen, wie auch für die Produkte ihrer Pharma- und Chemie-Industrie, etwa Agrargifte. In Brasilien freut sich vor allem das Agrobusiness, das dank reduzierter Zölle den Export seiner äußerst wettbewerbsfähigen Güter wie Rinder, Hühner, Soja, Zucker und Ethanol in die EU-Staaten steigern kann.

### Trumps Weltordnung und die Agrarlobby

Befürworter des Abkommens verweisen gern darauf, dass niemand so entschieden auf eine endgültige Ratifizierung gedrängt hat wie Präsident Luiz Inácio Lula da Silva. Dessen Haltung beruht auf strategischen Überlegungen angesichts der geopolitischen Kräfteverhältnisse: Der hegemoniale Anspruch der USA macht die Diversifizierung der Handelsbeziehungen noch dringlicher.

Lula da Silva hatte immer wieder die Umweltvorgaben der EU zum Schutz des Regenwalds als protektionistisch und neokolonial kritisiert – in puncto Amazonien reagiert er bei vermuteter oder tatsächlicher Bevormundung aus dem

Ausland seit jeher extrem empfindlich. Zudem ist Lula auf fatale Weise von der Agrarindustrie abhängig, deren Vertreter den Kongress dominieren. Er hatte schon von 2003 bis 2011 die Rinder-, Ethanol- und Sojaproduzenten hofiert und ihnen geholfen, neue Märkte zu erschließen– auch auf Kosten der Kleinbauern und Indigenen.

### Ungleiche Beziehungen auf Augenhöhe

Brasilien war das einzige Land, das „auf Augenhöhe“ mit der EU verhandelt hat. Der frühere Außenhandelsstaatssekretär Lucas Ferraz begrüßt die vereinbarten schrittweisen Zollsenkungen und rechnet mit einer Diversifizierung der Handelsströme – wenn der Anteil der EU an den Exporten und Importen steige, werde das die Abhängigkeit von China reduzieren. Das Abkommen sieht für 95 Prozent der Güter die Abschaffung sämtlicher Zölle innerhalb von zwölf Jahren vor. Damit hätten die Mercosur-Staaten Zeit genug, ihre sensiblen Industriebranchen „ohne heftige Marktöffnungsschocks“ zu modernisieren und wettbewerbsfähiger zu machen.



Für den linken Ökonomen Paulo Nogueira Batista jr. hingegen – wie auch für viele kritische Gewerkschafter:innen – trägt das Abkommen dazu bei, „eine Struktur zu verfestigen, in der Brasilien Rohstoffe in die EU exportiert und Industriegüter importiert“. Diese Marktöffnung und die letztlich vollständige Abschaffung der Zölle für EU-Unternehmen lehnt er ab, „insbesondere für deutsche, die strukturell weitaus wettbewerbsfähiger sind als unsere“. Er ist überzeugt, dass das Abkommen zur Deindustrialisierung seines Landes führen wird. Zudem werde es den Entscheidungsspielraum einschränken, etwa bei öffentlichen Ausschreibungen und bei der Besteuerung der Exporte von strategisch wichtigen Rohstoffen.

Die Argumentation in der deutschen Öffentlichkeit beschränkte sich zuletzt fast nur noch auf die geopolitische Notwendigkeit des Abkommens. Sowohl Brasilien als auch die EU würden durch die Intensivierung der Handelsbeziehungen ihre „strategische Verwundbarkeit“ reduzieren, meint Ferraz. Staatspräsident Lula würdigte den Vertrag gar als direkte Antwort auf den „Vormarsch von Protektionismus und Unilateralismus“.

Doch die weitaus bessere Antwort wäre nicht ein weiteres neoliberales Abkommen, sondern Transparenz, fairer Handel und Klimagerechtigkeit im globalen Maßstab.

Gerhard Dilger



## Staatenbündnis BRICS plant neues Verrechnungssystem

Ziel ist mehr Unabhängigkeit im Handel

Gegründet wurde das Staatenbündnis BRICS während der Finanzkrise im Jahr 2009, da die Mitglieder erlebten, lediglich Spielball der westlichen Staaten und Finanzinstitute zu sein.

Seitdem ist viel passiert: Russland wurde vom SWIFT ausgeschlossen, der Iran wird von den USA und Israel bombardiert, der venezolanische Präsident entführt, Brasilien zeitweise von den USA mit hohen Zöllen bestraft, da die brasilianische Justiz den Prozess gegen den Ex-Präsidenten und Putschisten Jair Bolsonaro nicht einstellte. Kuba steht unter Totalblockade der Vereinigten Staaten von Amerika. Für Südafrika gelten maximale US-Strafzölle. Zudem wurde der zum G7-Treffen 2026 eingeladene Präsident Ramaphosa auf Wunsch der USA von Frankreich wieder ausgeladen (Apartheid 2.0).

In den zehn BRICS-Staaten – Brasilien, Russland, Indien, China, Ägypten, Äthiopien, Indonesien, Iran, Südafrika und Vereinigte Arabische Emirate – lebt knapp die Hälfte der Weltbevölkerung. Hinzu kommen 30 Staaten, die sich um einen Beitritt bewerben, von Aserbaidschan und Bahrain über den Irak, Palästina, Syrien bis zur Türkei und der Zentralafrikanischen Republik.



Die BRICS-Staaten haben eine gemeinsame Institution, die **New Development Bank NDB** mit Sitz in Shanghai, unter Leitung von Dilma Rousseff, der ehemaligen brasilianischen Staatspräsidentin.

Zum Jahreswechsel 2025-2026 ging der Vorsitz der BRICS-Staaten vom brasilianischen Präsidenten Lula auf den indischen Premier Modi über. Modi schlägt vor, auf dem BRICS-Gipfel 2026 die Verknüpfung der jeweiligen digitalen Landeswährungen auf die Tagesordnung zu setzen. Das wäre ein echter Knüller, denn so könnten die BRICS-Staaten am US-Dollar und auch am SWIFT-Interbankenhandel vorbei miteinander Handel treiben.

## **MAGA als Regel der neuen Weltordnung?**

Das US-Sanktionsregime ist regelbasiert. Die Regel lautet "MAGA!" Was unbedarfte Trump-Wähler:innen mit "Make America Great Again" übersetzen bedeutet tatsächlich alle Macht den Giganten der fossilen Energie und BigTech-Konzernen.

Für Trump ist BRICS ein antiamerikanisches Projekt. Für die EU-Staaten treten in den internationalen Beziehungen die oft beschworenen Frauenrechte und die Demokratie in den Hintergrund. Stattdessen verweist die EU schamlos auf ihre (Kapital-)Interessen. Der Globale Süden traut den ehemaligen Kolonialherren, welche einst die Welt vom Nordkap bis Feuerland, Kap Horn und Timor unterwarfen, zurecht nicht.

## **Digital verknüpfte Währungen**

Die Verknüpfung digitaler Währungen der BRICS-Staaten bedeutet NICHT die Einführung einer gemeinsamen Währung und wahrt (eingeschränkt) die Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken. Aber worin besteht denn eigentlich das Problem? Schließlich können indische Unternehmen doch

längst ohne US-Dollar in Brasilien einkaufen. Das Problem besteht darin, dass brasilianische Unternehmen nicht viel mit indischen Rupien anfangen können. Wenn die indische Zentralbank daher zunächst bei der Zentralbank Brasilien Rupien gegen Real eintauscht, um sie dann an indische Banken bzw. Unternehmen zu verkaufen, verfügt die brasilianische Zentralbank am Ende über weit mehr Rupien hat, als sie verwenden kann.


Der erste Teil der Idee besagt, dass nur bilaterale Handelsüberschüsse abgerechnet werden. So hatte Brasilien 2023 Waren und Dienstleistungen im Gesamtwert von etwa 8,5 Mrd. US\$ nach Indien ausgeführt (v.a. Soja, Eisenerz, Zucker, Ethanol), Der Wert der Einfuhren aus Indien lag bei 4,5 Mrd. US\$ (Chemikalien, Pharmazeutika, Textilien). D.h. die Zentralbank Indiens hätte 2023 bei der Zentralbank Brasiliens mit Rupien brasilianische Real im Wert von 4 Mrd.\$ kaufen müssen.

Der zweite Teil der Idee sieht vor, dass Landeswährungen digital getauscht bzw. verrechnet werden und dass der Tausch transaktionssicher vonstatten geht analog zur Technologie der Blockchain, mit der z.B. Bitcoin geschürft werden.

D.h. unter Verwendung digitaler Rupien würde die indische Zentralbank digitale Real bei der brasilianischen Zentralbank schürfen. Diese Art von Verrechnung ist nicht nur transaktionssicher, sondern auch unknackbar für westliche Geheimdienste dank primzahlbasiertem Verschlüsselungsverfahren, zumindest solange es keine Quantencomputer im Einsatz gibt.

Eine Verknüpfung der digitalen Landeswährungen würde ein großes Stück Unabhängigkeit für die BRICS-Staaten vom Westen bedeuten.

*Burkhard Nobbe*



*„Wir unterstützen die Erklärungen von Präsident Lula zum Beitritt weiterer Staaten. Des Weiteren sind wir der Auffassung, dass wir weltweit und mit höchster Dringlichkeit alles dafür tun müssen, das palästinensische Volk vor einem Genozid zu retten, und verurteilen jede Art von Krieg, insbesondere den Angriff auf das iranische Volk.“*

João Pedro Stedile, Landlosenbewegung MST  
auf dem BRICS-Gipfel 2025 in Brasilien

# Frauenmorde in Brasilien

"Der miese Kerl hat seine Ehre wiederhergestellt und seine Frau getötet!"

Es gibt unzählige Theorien darüber, was hinter Gewalttaten gegen Frauen steckt. Doch keine davon definiert, warum solche Verbrechen tatsächlich passieren. Es handelt sich zweifellos um Hassverbrechen.

Frauenmorde sind das Ergebnis einer gesellschaftlichen Struktur, die Machismo und Patriarchat als selbstverständlich hinnimmt. Die Täter glauben, Kontrolle über den Körper, das Leben und die persönlichen Entscheidungen der Frauen ausüben zu können. Die Zahlen sind erschreckend: Täglich werden in Brasilien vier Frauen aus geschlechtsspezifischen Motiven ermordet, was den kontinuierlichen Anstieg der Gewalt von Jahr zu Jahr verdeutlicht.



*Leben ist mein Recht*

Männerdominierte Gesellschaften fördern und unterstützen gewalttätige Übergriffe auf Frauen. In der brasilianischen Gesellschaft sind die meisten Opfer schwarze Frauen und junge Frauen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren. Die meisten Straftaten werden von Partnern oder Ex-Partnern begangen, die sich mit dem Ende der Beziehung nicht abfinden können.

## **Straffreiheit für Mord aus Leidenschaft**

In der Kolonialzeit und zu Beginn der Republik war die Hinrichtung einer „ehrebrecherischen Frau“ in Brasilien erlaubt. Zur Verteidigung seiner Ehre - konnte ein verheirateter Mann seine in flagrante erappte Frau töten. Viele mordende Ehemänner wurden freigesprochen. Noch im 20. Jahrhundert gab es Fälle, in denen Ehemänner ihre Partnerinnen ermordeten und milde Strafen erhielten, weil

sie auf Verbrechen aus Leidenschaft und die Verteidigung der Ehre plädierten. „Liebe“ oder „große Leidenschaft“ hätten den Mann dazu veranlasst, seiner Frau das Leben zu nehmen. Im Jahr 2015 wurde das Strafgesetz geändert. Nach Gesetz 13.104 ist ein Femizid nunmehr ein Tötungsdelikt. Die Täter sind vor allem aktuelle (41 %) und ehemalige (39 %) Partner.

Das Strafmaß wurde durch die neuen Gesetze auf 20 bis 40 Jahre Haft erhöht. Das ist die höchste im Strafrecht vorgesehene Haftstrafe. Frauenmord wurde zu einem Verbrechen, die Haftstrafen werden konsequent und ohne Recht auf Begnadigung und intime Besuche vollstreckt.

Besondere Bedeutung hat das Gesetz Nr. 11.340/2006, bekannt als „Maria-da-Penha-Gesetz“. Dieses Gesetz ist der entscheidende rechtliche Meilenstein im Bereich des Frauenschutzes. Es legt fest, dass jeder Fall von häuslicher und familiärer Gewalt eine Straftat darstellt, die im Rahmen einer polizeilichen Ermittlung untersucht werden muss.

Laut dem Hohen Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte belegt Brasilien den 5. Platz im weltweiten Ranking der Frauenmorde, nur hinter El Salvador, Kolumbien, Guatemala und Russland. Laut „Karte der Gewalt“ werden 4,8 von 100.000 Frauen ermordet.

Die Ursachen der Gewalt liegen in strukturellen Missständen des Landes, wie zum Beispiel dem Machismo, der Frauenfeindlichkeit sowie geschlechtsspezifischer Ungleichheit, ethnischer Zugehörigkeit und wirtschaftlicher Verhältnisse. Die Reaktion der Männer auf den Verlust von Privilegien und der Versuch, Kontrolle über Frauen auszuüben, sind ebenfalls entscheidende Faktoren.

Trotz der Verschärfung der Strafen steigt die Zahl der ermordeten Frauen erschreckend an, was deutlich macht, dass diese Gewalt struktureller, kultureller und rassistischer Natur ist und wie tief die Motive der Täter in der machistischen brasilianischen Gesellschaft verwurzelt sind.

*Namir Martins*

---

# Veranstaltung

Wohnungsnot in Brasilien und hier

---



**Kämpfe der Wohnungslosen im Wahljahr 2026**

An aerial photograph showing a vast informal settlement. The dwellings are packed closely together, many with roofs made of black plastic or blue tarps. The settlement is situated on a hillside, with a paved road and some greenery visible on the left side.

**Eigentum verpflichtet  
auch in Brasilien**

**Mittwoch, 10. Juni 2026, 19:00 Uhr**

**Ort** DGB Haus Mannheim, Eugen-Loderer-Saal  
Hans-Böckler-Straße 3  
68161 Mannheim

**mit** Monika Ottermann, São Bernardo do Campo, Brasilien  
von der Wohnungslosenbewegung MTST

---

Arbeitskreis „Solidarität mit brasilianischen Gewerkschaften“  
im DGB, Region Nordbaden, Mannheim

---